

# Übungen – Themenfeld 6

---

## LÖSUNGSVORSCHLÄGE

### Themenfeld 6: Politische Systeme – Schweiz

#### Übung 1

In den Medien werden Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen oft in kurzer Form dargestellt. Hierfür werden zahlreiche Begriffe verwendet, die eigentlich eine ziemlich profunde Kenntnis des Funktionierens des politischen Systems voraussetzen würden. Sie können Ihre Kenntnisse mit dem nachfolgenden Artikel<sup>1</sup> testen. Was bedeuten die gelb unterlegten Begriffe?

**Gletscher-Initiative:** Mit der Gletscher-Initiative sollen die Zielsetzungen des Pariser Übereinkommens in der Verfassung verankert und die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2050 auf null gesenkt werden. Ab dann dürften in der Schweiz keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Verkehr gebracht werden, so der Initiativtext. Vom Menschen verursachte Treibhausgasemissionen müssten ab dann durch CO<sub>2</sub>-Senken ausgeglichen werden. Eine Senke ist ein natürliches Reservoir, welches zwischenzeitlich mehr CO<sub>2</sub> aufnimmt und speichert, als es abgibt. Zu den Senken zählen beispielsweise Ökosysteme wie etwa Wälder oder Moore.

**Volksinitiative:** Mit einer Volksinitiative können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine Änderung der Bundesverfassung verlangen.

**Parlament:** Die Bundesversammlung, das Schweizer Parlament, übt unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen die oberste Gewalt im Bund aus. Es besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat.

**Indirekter Gegenvorschlag:** Bundesrat und Parlament haben die Möglichkeit, für eine Initiative einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der Teile des Anliegens einer Initiative aufnimmt. Mit einem indirekten Gegenvorschlag wird eine Gesetzesänderung vorgeschlagen. Mit einem direkten Gegenentwurf (siehe unten) wird eine Verfassungsänderung vorgeschlagen. Häufig ziehen Initianten ihr Begehren zurück, wenn der Gegenvorschlag weit genug geht.

---

<sup>1</sup> Original unter <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/kommission-will-auf-gegenvorschlag-zu-justizinitiative-verzichten-65853028>

**Gesetz:** Ein Gesetz ist ein von der Bundesversammlung (Parlament) beschlossene rechtsetzende Bestimmungen. Bundesgesetze stehen in der Normenhierarchie zwischen der Verfassung und den Verordnungen: Sie konkretisieren die Verfassung und werden ihrerseits durch Verordnungen konkretisiert.

**Initiant/ Initianten:** Eine Initiative muss von einem Komitee eingereicht werden, das aus mindestens 7 und höchstens 27 Personen besteht, die verantwortlich sind für die Kommunikation mit den Behörden.

**In Kraft treten:** Ein Gesetz tritt in Kraft, wenn dagegen innert 90 Tagen nach dem Parlamentsbeschluss kein fakultatives Referendum ergriffen wird oder wenn es an einer durch ein fakultatives Referendum verlangten Abstimmung angenommen wird. Das genaue Datum des Inkrafttretens wird vom Bundesrat festgelegt.

**Verfassungsbestimmung:** Mit einer Initiative wird eine Revision der Verfassung angestrebt. Ein indirekter Gegenvorschlag zieht eine Gesetzesänderung nach sich (fakultative Referendum möglich).

**Rückzug:** Initiantinnen und Initianten haben die Möglichkeit, ihr Begehren zurückzuziehen. Dies ist häufig dann der Fall, wenn das Parlament mit einem indirekten Gegenvorschlag Teile des Anliegens der Initiative übernimmt.

**Mehrheitsfähig:** Damit eine Initiative angenommen wird und eine Verfassungsänderung vollzogen wird, braucht es eine Mehrheit der Stimmenden (Volksmehr) und eine Mehrheit der Kantone (Ständemehr).

**Politische Agenda:** In repräsentativen Demokratien bestimmt in der Regel das Parlament, zu welchen Themen Gesetze beschlossen werden sollen. In der halbdirekten Demokratie der Schweiz können mittels Initiative auch ausserparlamentarische Akteur:innen Themen auf die politische Agenda setzen.

**Bedingter Rückzug:** Eine Initiative wird zurückgezogen; falls aber der indirekte Gegenvorschlag nicht in Kraft tritt (z.B. weil ein fakultatives Referendum gegen ihn erfolgreich ist), kann die Initiative wieder ins Spiel zurück gebracht werden; d.h. in der Regel, es wird über die Initiative abgestimmt (das kam bisher noch nie vor).

**Vors Volk kommen:** Mittels eines fakultativen Referendums kann gegen ein vom Parlament beschlossenes Gesetz ein Veto eingelegt werden, bzw. verlangt werden, dass die Stimmberechtigten darüber abstimmen.

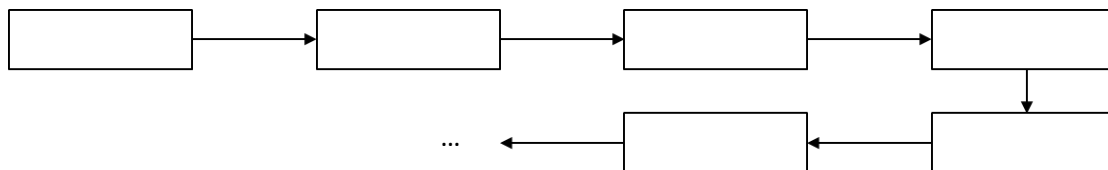
**Referendum:** Mit dem in der Verfassung verankerten Referendumsrecht können die Stimmberechtigten an der Urne endgültig über wichtige Erlasse der Bundesversammlung entscheiden. Es wird zwischen fakultativem und obligatorischem Referendum unterschieden: Die dem obligatorischen Referendum unterstellten Erlasse müssen den Stimmberechtigten zwingend unterbreitet werden. Für die dem fakultativen Referendum unterstellten Erlasse gilt dies nur, wenn 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone das verlangen.

Es gibt verschiedene Quellen, die die verschiedenen Begriffe beschreiben. Eine sehr ergiebige Quelle ist das Parlamentswörterbuch (<https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch>). Fündig werden Sie aber auch auf der Seite der Bundesversammlung ganz generell (<https://www.parlament.ch/de>), auf der Seite des Bundesrats (<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>) oder auch beim Bundesamt für Statistik, Thema Politik (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik.html>).

## Übung 2

Mehr Informationen zur Beratung des im Artikel erwähnten Gegenvorschlags und zur Gletscher-Initiative finden sich auf «Curia Vista» (vgl. hier: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210055>) oder auf Année Politique Suisse (vgl. hier: <https://anneepolitique.swiss/dossiers/1355-dossier-die-gletscherinitiative-ihr-direkter-gegenentwurf-und-ihr-indirekter-gegenvorschlag>). Curia Vista ist eine Datenbank, in der alle im Parlament hängigen oder behandelten Geschäfte aufgeführt werden. Bei Année Politique Suisse werden diese Geschäfte und deren Entwicklungen beschrieben.

Mit den dort gefundenen Informationen soll für die Beratungen zur Gletscher-Initiative ein Flussdiagramm mit Etappen gezeichnet werden, (vgl. Abbildung).

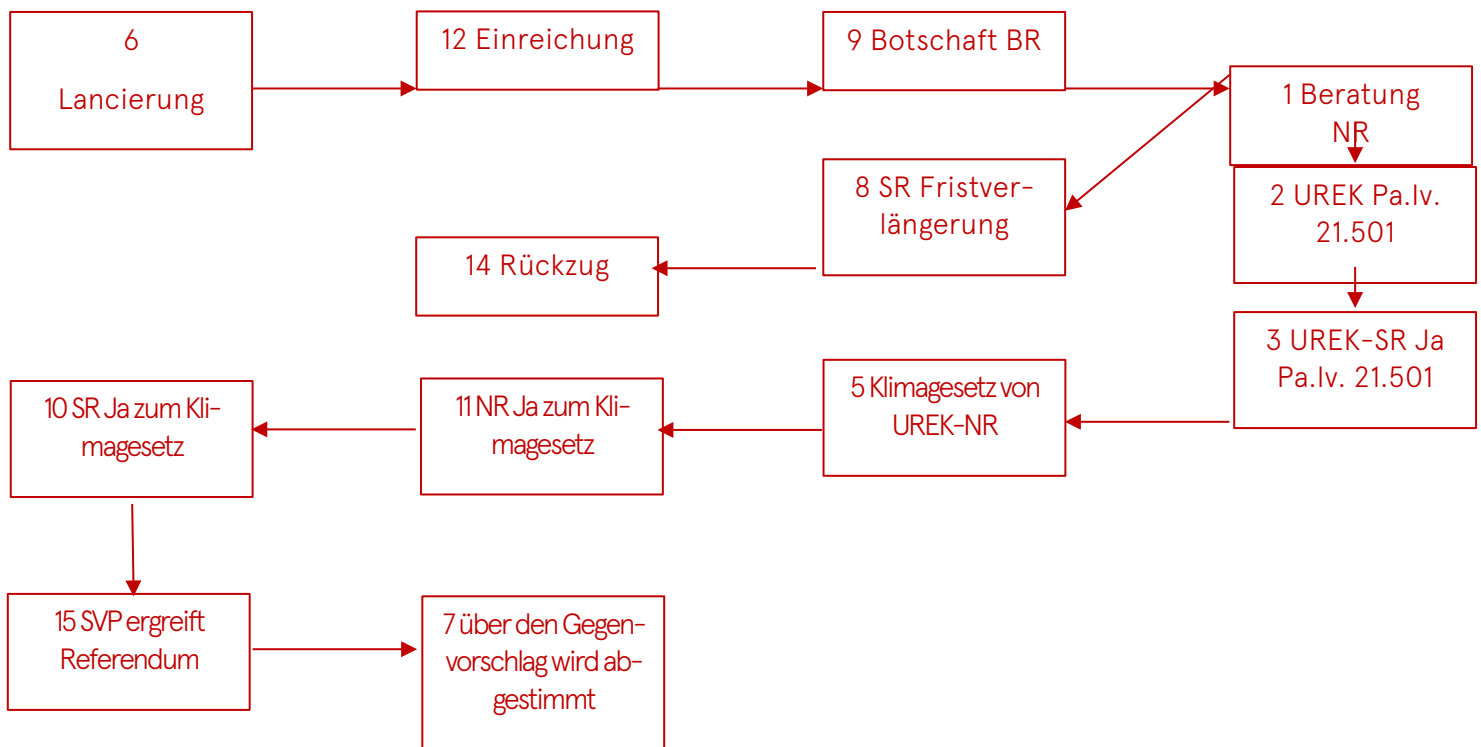


In diese Felder sollen folgende Etappen in der richtigen Reihenfolge eingesetzt werden:

1. NR berät Gletscher-Initiative und direkten Gegenentwurf
2. UREK-NR reicht Pa.lv. 21.501 (indirekter Gegenvorschlag) ein
3. UREK-SR stimmt Pa.lv 21.501 der UREK-NR zu
4. Bundesrat nimmt Gletscher-Initiative an
5. UREK-NR legt Klimagesetz (indirekter Gegenvorschlag) vor
6. Gletscher-Initiative wird lanciert
7. Über den indirekten Gegenvorschlag wird abgestimmt
8. SR beantragt Fristverlängerung für Beratung von Initiative und direktem Gegenentwurf
9. BR legt Botschaft zu Gletscher-Initiative und direkten Gegenentwurf vor
10. SR nimmt indirekten Gegenvorschlag an
11. NR nimmt indirekten Gegenvorschlag an
12. Gletscher-Initiative wird eingereicht
13. SR lehnt Gletscher-Initiative ab

- 14. Initiative wird bedingt zurückgezogen
- 15. SVP ergreift Referendum

Achtung: zwei dieser Elemente passen nicht (bzw. sind zu viel): welche?

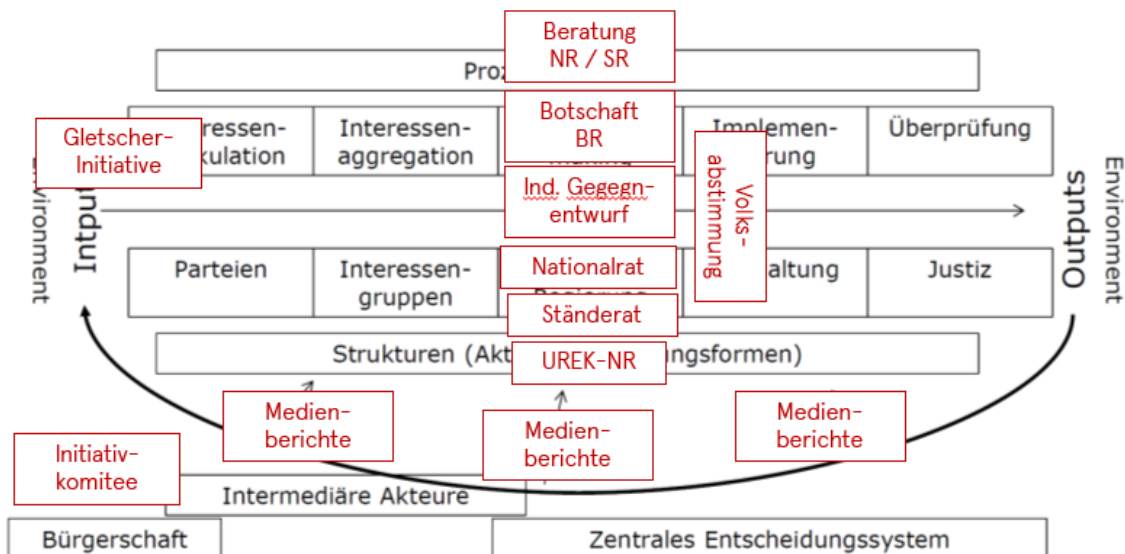


Nicht ins Diagramm passen «4 Bundesrat nimmt Gletscher-Initiative an» und «13 SR lehnt Gletscher-Initiative ab»

## Übung 3

In Übung 2 und Übung 3 werden zahlreiche Akteure und Prozesse erwähnt. Wie lassen sich die diese in das Schema von Almond und Powell (1980) einbetten?

- Indirekter Gegenvorschlag
- Initiativkomitee
- Gletscher-Initiative
- Nationalrat
- Ständerat
- UREK-NR
- Beratung Initiative in NR und SR
- Volksabstimmung
- Botschaft BR
- Medienberichte



Wichtig: die Akteure sollten bei Strukturen (unten) und die Aktivitäten bei Prozesse (oben) eingefügt werden. Das Initiativkomitee ist also ein Akteur, der mit der Gletscher-Initiative einen Input ins System bringt (Prozess). Die Medien berichten in unterschiedlichen Phasen.